

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 42. 32. Jahrg.

17. Oktbr. 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:
Adolf Dönnick, Berlin N 94, Elsasserstr. 86-88, III. Redaktionsschluss:
Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Otto Stiller, Berlin N 24, II. Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schwenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Inhalt:
Hauptteil: Bekanntmachungen. — Lohnhöhe und Unternehmersorgen. Rundschau. Die Arbeiterschuttkonferenz in Washington. — **Allgemeines:** Die Photographie im Dienste der Berufsberatung. Die Frankfurter Einfuhrmesse. Zur Tarifrevision. Streik in den Berliner chromolithographischen und photographischen Kunstdruckanstalten. Ortsberichte: Düsseldorf. Heilbronn. — **Die photom. Fächer:** Die Ausbildung der Chemigraphenlehrlinge. Ortsberichte: Frankfurt a. M. Leipzig. — **Die Tapetenbrände:** Ortsberichte: Hildesheim, Formstecher. **Graphische Technik:** Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Lichtdruck und Gravüre zu München. — **Feuilleton:** Zweifelhafte Papiergeld. Eingegangene Schriften. — **Anzeigen.**

Friedenslöhne. Die tatsächliche Lohnhöhe ist ja nun bei den äußerst beweglichen Preisen aller Bedarfsartikel nur nach komplizierten Berechnungen ungefähr festzustellen. Einen einigermaßen sicheren Anhalt bekommen wir aber, wenn wir die in Deutschland gezahlten Löhne mit denen des Auslandes vergleichen. Da ergibt sich denn die für den deutschen Arbeiter wenig tröstliche Gewißheit, daß die im Ausland gezahlten Löhne ganz bedeutend höher sind als die hiesigen. Als Beispiel seien die Löhne der Bauhandwerker herangezogen. Während vor dem Kriege der deutsche Bau-

zwingt diese Annahme zu der Schlußfolgerung, daß die Löhne der deutschen Arbeiter nicht gestiegen, sondern um rund 50 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit gesunken sind. Dieses Sinken der Lohnhöhe hat, neben anderen Ursachen, eine Verminderung der Leistungsfähigkeit zur Folge. Es hilft nichts, lediglich die trüben Folgererscheinungen des Krieges zur Beurteilung der gesunkenen Produktivität unseres Volkes zu benutzen. Die Nöte dieser Zeit wachsen und gedeihen vielmehr auf einem materiellen Untergrunde. Und es ist kennzeichnend für die Kurzsichtigkeit des deutschen Unternehmertums im großen und ganzen, daß es sich bis jetzt darauf beschränkt hat, über die Not der Industrie und das zerrüttete Wirtschaftsleben zu klagen, daß es aber jeden großartigen Versuch, den Dingen anders als mit moralisierenden Ergüssen zu Leibe zu gehen, unterlassen hat. Ja, noch mehr. In industriellen Kreisen macht man eine Zukunftsrechnung auf, die bedenklich an das Hundewagenprinzip des Kleinhändlers erinnert.

Man weiß, daß der Lohn des deutschen Arbeiters gesunken, der Lohn des ausländischen Arbeiters dagegen annähernd gleichgeblieben ist. Darauf baut man seine Kalkulation auf. Man folgert folgendermaßen: Infolge ihrer billigeren Arbeitskräfte wird die deutsche Industrie in absehbarer Zeit imstande sein, auf dem Weltmarkt wieder Fuß zu fassen. Da die ausländischen Arbeiter kaum geneigt sein werden, Lohnherabsetzungen geduldig hinzunehmen, so kann der Erfolg der deutschen Konkurrenz nicht zweifelhaft sein. Sollte das Ausland mit Qualitätsware anrücken, so bleibt den betreffenden einheimischen Arbeiterkategorien gegenüber immer noch ein Spielraum für Lohnerhöhungen, ohne daß der Unterschied in den Produktionskosten die Konkurrenzfähigkeit wesentlich beeinträchtigt. Es ist dieselbe egoistische, von keinen ökonomischen Grundsätzen angekränkelte Berechnung, wie sie der Anfänger im Kleinhandel anstellt: Ein Hund frißt weniger und billiger als ein Pferd, also ist das Hundefuhrwerk ein ausgezeichnetes Mittel, um meine Konkurrenz zu überflügeln. Daß das Pferd des Konkurrenten größere Lasten leichter und schneller bewältigt, sieht der glückliche Hundefuhrwerksbesitzer erst, wenn er sich mitsamt seinem Hunde im Schweiße seines Angesichts abrackert, ohne dem Konkurrenten Abbruch tun zu können. Auch das Unternehmertum rechnet falsch, wenn es seine Wirtschaftspolitik auf die niedrigen Löhne der Arbeiterschaft aufbaut. Das Rennen um die Wiedergewinnung des Weltmarktes hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft zum Ausgangspunkt aller Berechnungen gemacht wird. Die auskömmliche Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln ist darum in allererster Linie anzustreben. Mit einer gut genährten Arbeiterschaft wird sich ganz anders arbeiten lassen als mit einer ausgemergelten. Die Werkzeuge und Maschinen, deren Bedienung eine geschickte Hand und eine gespannte Aufmerksamkeit erfordern, werden dann auch wieder voll ausgenutzt werden können, wenn statt hohlwanger Gestalten kräftige Menschenbilder die Arbeitssäle bevölkern. Und nicht zuletzt hat das Unternehmertum sich zu der Über-

Bekanntmachungen.

Tarifamt für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Geschäftsstelle: Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 73, III.

In Berichtigung unserer Bekanntmachung vom 10. September 1919 veröffentlichter wir hiermit die seitdem eingetretene Adressenänderung der Herren Schiedsgerichtsvorsitzenden.

Kreis I, Vorort Hamburg: Gehilfenvorsitzender: Herr W. Schönberg, Altona-Ottensen, Borselstr. 6, I.
Kreis VI, Vorort Nürnberg: Gehilfenvorsitzender: Herr Hermann Rieß, Fürth, Kaiserplatz 3.

Kreis VII, Vorort München: Unternehmersvorsitzender: Herr Dir. Depser, i. Fa. Aktiengesellschaft Münchener Chromolithogr. Kunstanstalt, München.

Kreis IX, Vorort Dresden: Unternehmersvorsitzender: Herr Julius Neumann, i. Fa. Paul Bartels & Co., Dresden. Gehilfenvorsitzender: Herr Friedr. Priischow, Dresden 19, Schandauer Str. 6, IV.

Berlin, den 10. Oktober 1919.

I. A. Alex. Czech, Geschäftsführer.

Tarifamt für die Photographische Kunst- druckindustrie.

Geschäftsstelle: Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 73, III.

Nachdem der zwischen dem Verband der Photographischen Kunstdruckanstalten E. V. und dem Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe abgeschlossene Tarifvertrag von beiden Parteien unterzeichnet ist, hat sich das Tarifamt konstituiert. Demselben gehören an:

von Arbeitgeberseite von Arbeitnehmerseite
die Herren: die Herren:

Dir. Ernst Tinzmann, Wilhelm Landa, Berlin,
Berlin, Vorsitzender. Vorsitzender.

Dir. Arthur Marschner, Hermann Sohr, Berlin,
Berlin.

als Stellvertreter: als Stellvertreter:
Dir. D. Budwig, Berlin W. Knoche, Berlin-
Neukölln.

Richard Krug, Leipzig. W. Juraschek, Berlin-
Lankwitz.

Als Geschäftsführer wurde Herr Alexander Czech, Berlin, ernannt und sind alle Zuschriften an obige Adresse, zu Händen des Herrn Geschäftsführers, zu richten.

Berlin, den 9. Oktober 1919.

Dir. Ernst Tinzmann, Arbeitgebervorsitzender.
Wilhelm Landa, Arbeitnehmervorsitzender.
Alex. Czech, Geschäftsführer.

Lohnhöhe und Unternehmersorgen.

Daß die Arbeitslöhne der Gegenwart, gemessen an denen der Vorkriegszeit, eine beträchtliche Höhe erreicht haben, ist eine unbestrittene Tatsache. Betrug der Durchschnittslohn in den deutschen Städten vor dem Kriege rund 50 Pfg., so ist derselbe heute auf rund 1,50 Mk. gestiegen. In den Großstädten beträgt das Verhältnis etwa 0,65 Mk. zu 2,25 Mk. im Durchschnitt. Im Vergleich mit den heutigen Lebensmittelpreisen erscheinen diese Löhne dagegen niedriger als die genannten

Ausschreibung!

Da Kollege Dönnick auf Wunsch des Vorstandes seiner Partei die Stelle des leitenden Redakteurs des »Braunschweiger Volksfreundes« übernommen hat, ist das Amt des

Redakteurs der »Graph. Presse« neu zu besetzen. Kollegen, die sich zur Übernahme dieses Amtes, das schriftstellerische Fähigkeiten und gute Kenntnisse der Gewerkschafts- und allgemeinen Arbeiterbewegung erfordert, geeignet fühlen, werden gebeten, ihre Bewerbungen bis zum 1. November 1919 an den **Verbandsvorstand, Berlin N. 24, Elsasserstr. 86-88, III.**, einzureichen. Die Bewerbungen müssen nähere Angaben über die bisherige Tätigkeit der Bewerber in unserer Organisation und in der allgemeinen Arbeiterbewegung enthalten. Ferner muß ihnen eine Abhandlung beigelegt sein, in der die Ansicht des Bewerbers über die Aufgaben der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, insbesondere Berücksichtigung unseres Verbandsorgans niedergelegt ist. Nach § 42, Absatz 3 des Verbandsstatuts müssen Bewerber mindestens 5 Jahre dem Verbandsangehörigen. Das Jahresanfangsgehalt wird durch den Verbandstag festgesetzt, der auch die Wahl zu vollziehen hat.

Der Verbandsvorstand.

handwerker mit seinem Kollegen in England und in Schweden im Lohn ungefähr gleich, erhält heute ein Londoner Maurer pro Stunde 1 s. 8 d., das heißt rund 6 Mk. oder doppelt so viel wie in Berlin. In Schweden stieg der Wochenlohn von 1914 bis 1918 für die Maurer von 32 auf 64 Kr., für die Maler von 30 auf 60 Kr. In deutsches Geld umgerechnet verdient also der Bauhandwerker in diesen Ländern rund 250 Mk. gegenüber 100 Mark im Durchschnitt in Deutschland. Ein Vergleich mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika fällt noch ungünstiger für Deutschland aus. Im Mai 1913 betrug der übliche Wochenlohn der großstädtischen Maurer 23,85 bis 38,50 Dollar, das heißt 100 bis 162 Mark. Heute dürfte dort ein Wochenverdienst von 1000 Mk. nach deutschem Gelde für einen gelernten Arbeiter nichts seltenes sein. Nimmt man selbst an, daß die Lebenshaltung in England, Schweden und Nordamerika nicht wesentlich billiger ist, als in Deutschland, so dürfte es trotzdem einleuchten, daß der deutsche Arbeiter mit seinen Einkommensverhältnissen dem ausländischen gegenüber bedeutend ins Hintertreffen geraten ist.

Nehmen wir weiter an, daß die Steigerung der ausländischen Arbeiterlöhne ungefähr der Verteuerung der Lebenshaltung entspricht, so

zeugung zu bekehren, daß jede Lohnerhöhung der gesamten Industrie zugute kommt. Die Arbeiterschaft ist sich bewußt, daß der Profit des Unternehmers nicht gefährdet ist, wenn neben gesteigerter Leistungsfähigkeit angemessene Lohnerhöhung der Arbeiter durchgesetzt werden. Ruff man also von Unternehmerseite aus nach Arbeit und Wiederaufbau, so schaffe man an seinem Teile auch die Voraussetzungen dafür. Sonst hat die Rechnung mit der baldigen Konkurrenzmöglichkeit auf dem Weltmarkt ein Loch. Die deutsche Arbeiterschaft ist zu schade dazu, im Kampfe um die Wiedergewinnung der Absatzmärkte die Rolle des sich abschlindenden Ziehendes zu spielen.

Eng verknüpft mit der Sorge um die Wiedereroberung des Weltmarktes sind die Bestrebungen, den gesetzgeberischen Einfluß der Unternehmer auf unsere gesamte Wirtschaftspolitik zu stärken. Diese Bestrebungen sind an sich verständlich und beweisen im Grunde genommen nur, daß das Unternehmertum noch quieschlebig ist und daß es gar nicht daran denkt, vor der unaufhaltsam vorrückenden Arbeiterschaft die Waffen zu strecken. Um so besser. Beim Messen der gegenseitigen Kräfte gewinnen wir einen Maßstab für die eigenen Fähigkeiten, der uns vor voreiligen Hoffnungen bewahrt. Daß wir es nötig haben, die Augen offen zu halten und uns nicht in Sorglosigkeit zu wiegen, zeigt uns ein Schreiben der »Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds«, der u. a. die Großindustriellen Avellis, Beumer, Hilger, Hugenberg, Peter Klöckner, Rötger und Vögler angehören. Das Schreiben ist gerichtet: An die deutsche Industrie, und legt dar, daß die Kriegs- und Revolutionsfolgen, die gesetzgeberischen Maßnahmen und Verordnungen der heutigen Regierung sowie auch die augenblicklichen ungünstigen Mehrheitsverhältnisse in den Volksvertretungen eine größere Beteiligung der Vertreter der Industrie am politischen Leben als dringend notwendig erscheinen lassen. Nachdem mit dem Hinweis auf das neue Wahlgesetz und auf die durch die Erhöhung der Porto-, Druck- und Papierkosten enorm gestiegenen Wahlkosten der einzelnen Parteien die Herbeischaffung namhafter Mittel begründet wird, heißt es zum Schluß:

Den einzelnen politischen Parteien steht die den Wahlfonds verwaltende Kommission, wie schon aus ihrer Zusammensetzung erkennbar ist, völlig neutral gegenüber. Sie wird auch in Zukunft bei Verwendung der ihr überwiesenen Gelder sich lediglich von den Interessen unseres Wirtschaftslebens leiten lassen und ihre Wahlbeihilfen dahin geben, wo es sich um die Wahl von Persönlichkeiten handelt, deren Eintritt in die Volksvertretung für unser Wirtschaftsleben förderlich ist. Daß versucht werden muß, in die gesetzgebenden Körperschaften weit mehr als bisher Männer hineinzu bringen, die mit den Bedürfnissen unseres Erwerbslebens, im besonderen der heimischen Industrie, vertraut und verwachsen sind, ist heute eine so allgemein anerkannte Forderung, daß sie nicht mehr der Begründung bedarf. Wir richten deshalb an die Angehörigen der gesamten deutschen Industrie, ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit, die dringende Mahnung und Bitte, in ihrem eigenen Interesse Beiträge an den industriellen Wahlfonds baldigst abzuführen, damit für die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag die zur Wahl industrieller Vertreter nötigen Schritte rechtzeitig eingeleitet werden können.

Zweck dieses vor nahezu 10 Jahren begründeten »industriellen Wahlfonds« ist also Beeinflussung des gesetzgeberischen Apparates im großindustriellen Sinne. Auch hier wieder dieselbe Kurzsichtigkeit, wie in der äußeren Wirtschaftspolitik. Auf der einen Seite gründet man Arbeitsgemeinschaften, man holt Arbeitervertreter in die Reichsausschüsse der einzelnen Industriegruppen, man bereitet sich vor auf paritätisch zusammengesetzte Wirtschaftsräte, kurz, man sieht in der Zusammenarbeit aller

produzierenden Kräfte die Vorbedingung für den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes und auf der anderen Seite ist einem bange um die bisher innegehabte Machtstellung. Wenn man überzeugt ist, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleichmäßig interessiert sind an der Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens, dann stelle man sich doch endlich voll und ganz auf den Boden dieser Erkenntnis und begünstige nicht kapitalistisch orientierte Parteigruppierungen. Wir sind nicht naiv genug, den Unternehmern Harmonieduseleien zuzutrauen, glauben aber auch den deutschen Arbeiter vor dem Verdacht allzu großer Vertrauensseligkeit in Schutz nehmen zu müssen. Der Gedanke der Zusammenarbeit wird durch derartige Bestrebungen, wie sie das Rundschreiben an die deutsche Industrie aufzeigt, sicher nicht gefördert, noch dazu, wenn das Rundschreiben an die Direktoren der einzelnen Werke gerichtet wird. Frühere Erfahrungen bestärken die Vermutung, daß die für den industriellen Wahlfonds aufgebrauchten Gelder nicht der Privatschatulle des Unternehmers, sondern dem Betriebskapital entnommen werden. An der Verwendung dieses Kapitals ist aber die Arbeiterschaft lebhaft interessiert. Man kann nicht gut verlangen, daß neben der Betriebsleitung auch die Arbeiterschaft die Produktivität des Betriebes zu fördern habe, wenn die Gelder, die einen Teil der Betriebsmittel darstellen, nicht zu dem für sie vorgesehenen Zwecke verwendet werden. Es ist die höchste Zeit, daß das Betriebsrätegesetz Rechtskraft erlangt und der Arbeiterschaft die Kontrollbefugnisse zuweist, deren Dringlichkeit durch das Rundschreiben an die deutsche Industrie hinreichend bewiesen wird. Die Versuche der Unternehmer, nach alten Rezepten Wirtschaftspolitik zu treiben, müssen scheitern an dem entschlossenen Willen der Arbeiterschaft, die errungenen Positionen durch unermüdete Arbeit zu befestigen. Die Arbeiterschaft aber hat sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß ihre vorrevolutionäre Bedeutung endgültig dahin ist. Nicht gegen oder ohne die Arbeiterschaft, sondern nur noch mit derselben läßt sich erfolgreich arbeiten zum Wohle des Einzelnen sowohl wie der Gesamtheit. F.Kr.

Rundschau.

Zwischen den Vorständen der Verbände der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten schwebten seit längerer Zeit Verhandlungen zwecks Verschmelzung. Diese haben am 9. September d. J. in Weimar zu dem Ergebnis geführt, daß die Vereinigung beider Verbände unter dem Namen »Zentralverband der Angestellten« beschlossen worden ist. Der neue Verband wird 350 000 Mitglieder zählen.

Der Vorstand des Zentralvereins der Bildhauer wendet sich an die Mitglieder in einem Aufruf, in dem der Übertritt des Vereins zum Holzarbeiterverband auf den 1. Oktober d. J. festgesetzt wird. Der Übertritt soll nach dem Beschlusse der Würzburger Generalversammlung geschlossen erfolgen, und es haben daher alle Sonderabmachungen zu unterbleiben.

Berliner Hochschulkurse. Im neuen Vorlesungsverzeichnis der Humboldt-Hochschule sind verheißende Anfänge einer Um- und Neugestaltung der altbewährten Großberliner Volkshochschule erkennbar. Eine Reihe von Wissensgebieten im Rahmen des Lehrplans sind durch neue Vorlesungen ergänzt und erweitert worden, z. B. Religionswissenschaft, Literatur, Rechtswissenschaft. Für das Gebiet der Technik ist eine neue Abteilung eingerichtet worden. Das Sport- und Werbewesen, dessen Behandlung von geistigen Gesichtspunkten durchaus als wünschenswert erscheint, wird in einigen Vorlesungen berücksichtigt werden. Ferner werden im Anschluß an die sprachwissenschaftlichen Vorlesungen nach und nach solche auf volkswirtschaftlichen Gebieten eingerichtet werden und zwar Vorlesungen über Inlandskunde (Deutschtum im In- und Ausland) und über Auslandskunde. Die Humboldt-Hochschule wird weiterhin einen planmäßigen Ausbau ihrer Lehrgänge, Übungen und Vorlesungen nach volkshochschulmäßigen Grundsätzen vorbereiten und wird gleichzeitig eine Beratungsstelle für die Hörerschaft zu deren persönlicher Weiterbildung errichten. Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten sind in Buchhandlungen, den Theaterkassen der Kaufhäuser, in Geschäftsstellen zahlreicher Vereine erhältlich. Hauptbureau C. 2. Neue Friedrichstr. 53-56, II. 10, 12, 13.

Die Voraussetzung zum Siege der sozialistischen Bewegung ist nicht die Zahl der Fäuste,

sondern die Zahl der klaren Köpfe, der starken Willen. Liefert auf der einen Seite die gesellschaftliche Entwicklung alle Bedingungen und die notwendigen Elemente für den kommenden Sieg des Sozialismus, so ist es auf der anderen Seite Sache aller derjenigen, die in der Bewegung stehen, durch unausgesetzte, zähe und aufopfernde Aufklärungsarbeit die Elemente zu schulen, durch die allein der Sieg ermöglicht und beschleunigt werden kann. August Bebel.

Ansiedelung auf genossenschaftl. Grundlage. Das Problem, sich auf genossenschaftlicher Grundlage ansiedeln zu können, ist sehr schwierig, besonders, da erst diese Grundlage geschaffen werden muß. Außerdem dauert es viel zu lange, bis die vielen kleinen örtlichen Ansiedelungsgenossenschaften gegründet sind und arbeiten können. Schließlich fehlt auch eine Zentralstelle, welche diesen Landarbeitergenossenschaften beratend zur Seite steht und sie sachgemäß anleiten kann. Da ferner bis heute eine zentrale Vermittlungsstelle, die den Landarbeitern Ansiedlerstellen verschafft, noch fehlt, so wurde in Berlin unter dem Namen »Garantie- und Kreditbank e. G. m. b. H.« eine genossenschaftliche Organisation ins Leben gerufen, die nicht nur Beratungs- und Vermittlungsstelle für die Landarbeiter sein soll, d. h. ihren Wünschen soweit als möglich entgegenkommen soll, sondern die auch für sie den Besitzern oder Ansiedelungsgesellschaften gegenüber für die pünktliche Zahlung des Miet- und Pachtgeldes die Bürgschaft übernimmt. Wer sich nun ansiedeln will, meldet sich als Mitglied bei dieser Genossenschaft an und schickt durch Postanweisung sofort 3 Mk. Verwaltungskostenbeitrag, 10 Mk. Eintrittsgeld, 100 Mk. Geschäftsanteil, zusammen 113 Mk., ein. Die restlichen 200 Mk. des Geschäftsanteils müssen im Verlauf des folgenden halben Jahres eingezahlt werden. Die 300 Mk. bleiben aber Eigentum des Einzählers und werden mit 4 Prozent verzinst. Auch die beiden übrigen Beträge werden im Interesse der Mitglieder verwendet.

Die Genossenschaftsbank steht unter Aufsicht der Leitung des Landarbeiterverbandes und ihre Geschäftsführung wird von der Preussischen Staatsbank (Preussische Zentralgenossenschaftskasse) kontrolliert.

Wer weiteres wissen will, wende sich unter Beifügung des Rückportos und 3 Mk. Auskunftsgebühr an den Vorstand der »Garantie- und Kreditbank«, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Berlin C2, Große Präsidentenstraße 8.

Konsumgenossenschaftliche Arbeit in den Kommunalverbänden. Die Leitung des Kommunalverbandes Heppenheim a. d. B. kam kürzlich in die Hände eines bewährten Genossenschaftlers, und es zeigen sich dort schon die Früchte genossenschaftlichen Geistes. Unter der neuen Leitung hat der Kommunalverband den direkten Vertrieb der gesamten Schlüsselwaren in eigene Regie genommen, der vormerkommissionsweise einem Kaufmann übertragen war, der gleichzeitig auch Kleinhändler ist. Der Umsatz des Kommunalverbandes betrug im ganzen vergangenen Wirtschaftsjahre in Schlüssel- und frei erworbenen Waren 860 000 Mk., während man seit Übernahme des Betriebes durch den Kommunalverband in 4 1/2 Monaten für 1 200 000 Mk. Waren an die Bewohner des Kreises zur Verteilung bringen konnte.

Trotz der gewaltigen Widerstände des Darmstädter Großhandels ist es der neuen Leitung gelungen, den Zuckergroßhandel für den Kreis Heppenheim selbst in die Hand zu nehmen. So bezog der Kommunalverband für drei Monate bereits über 100 000 kg Zucker von der Monatskaufgesellschaft deutscher Konsumvereine. Der Bezug von der Großverkaufsgesellschaft und der direkte Vertrieb des Zuckers ermöglichte es dem Kommunalverband, die Ware um 8 bis 10 Prozent billiger an den Kleinhandel abzugeben und dadurch dem Verbraucher die Verteuerung durch den kapitalistischen Großhandel zu ersparen. Auch auf dem Gebiet der Vergebung von größeren Druckarbeiten bedient sich der Kommunalverband Heppenheim der Genossenschaftsbetriebe. Auch das geschäftliche Ergebnis der letzten 4 1/2 Monate ist ein sehr befriedigendes; betragen doch die Unkosten trotz der gewaltigen Lohn- und Gehaltserhöhungen und der Steigerung aller übrigen Unkosten noch nicht ganz 1 Prozent des Umsatzes. Die Warenbestände konnten durch gute Dispositionen von 152 000 Mk. auf 41 000 Mk. zurückgebracht werden, während der Umsatz um etwa 270 Proz. gestiegen ist.

Diese Ergebnisse zeigten schon der Einfluß und die Mitarbeit erfahrener Genossenschaftler. Der Erfolg wäre unstreitig noch größer, wenn der ganze organisatorische Apparat unserer Konsumvereine in die kommunale Versorgung eingeschaltet worden wäre.

Keine Warenhaussteuer mehr für Konsumvereine. Bisher mußten in Preußen die Konsumvereine bei Überschreitung eines gewissen Umsatzes befürchten, zu der sehr erheblichen Warenhaussteuer herangezogen zu werden, und zwar für den Gesamtumsatz, wenn sie gewisse warenhaussteuerpflichtige Waren führten. Das war sehr lästig, da es sich vielfach um Gegenstände handelte, die namentlich in kleineren und mittleren Orten jeder Händler führt. Nach langjährigen, vergeblichen Bemühungen ist es jetzt gelungen, in der preussischen Landes-

versammlung am 17. Juli d. J. die Aufhebung dieses ungerechten Zustandes herbeizuführen. Nachdem dieser Tage das betreffende Gesetz mit Wirkung ab 1. April d. J. im »Reichsanzeiger« veröffentlicht ist, sind die Konsumvereine mit ihrem gesamten Umsatz von der Warenhaussteuer freigestellt. Damit ist für die Weiterentwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung die Bahn freigemacht.

»Wo man wirklich billig lebt«. Das Geheimnis eines wirklich billigen Aufenthaltes, das freilich für uns einen sehr düsteren Hintergrund hat, verrät ein englischer Sergeant in einem Londoner Blatt. Nämlich in Köln! Es ist eine traurige Tatsache, daß infolge des niedrigen Standes der Mark die Ausländer bei uns alles zu Spottpreisen aufkaufen können. »Englisches Geld reicht in Köln recht lange«, so erzählt der Engländer. »Die Hotelrechnungen sind erstaunlich billig, und man kann ein Zimmer mit Frühstück für den englischen Wert von zwei Schilling erhalten. Einkäufe, das bei den Riesenpreisen in London ein so bitteres Geschäft ist, wird in Köln zu einem reinen Vergnügen, denn die Läden sind mit allem, was man nur will, überreich ausgestattet und man braucht so wenig dafür zu bezahlen. Ich habe eine Menge Geschenke mitgebracht, über deren Preise die Leute bei uns die Augen vor Neid übergehen würden, z. B. wundervolle seidene Socken zu 18 Mk. das Paar, d. h. nach unserem Gelde drei Schilling, ein Paar Handschuhe für meine Frau für 36 Mk. oder sechs Schilling. Viele Offiziere haben sich gute Schuhe angeschafft zu dem lächerlich niedrigen Preise von einem Pfund. Es ist wirklich kein Kunststück, sich in Köln eine gute Zeit zu machen, denn die Gasthäuser sind wahre Bienenstöcke, erfüllt mit Fröhlichkeit, voll von guten und billigen Weinen. Ich kaufte mir erst kürzlich eine vorzügliche Flasche Wein für 3 1/2 Schilling und Brantwein für 1/2 Schilling.«

Aus dem Auslande.

Internationale Solidarität. Über einen erfreulichen Beschluß kann der »Vorwärts« berichten: »Sozialdemokraten« zufolge beschlossen die skandinavischen Gewerkschaften gemeinschaftlich eine Garantiesumme von 10 Millionen Kronen aufzubringen, durch die die deutschen Gewerkschaften instand gesetzt werden sollen, für die skandinavische Valuta Lebensmittel in den skandinavischen Ländern einzukaufen. 4 Millionen Kronen entfallen auf Schweden, 3 Millionen auf Norwegen und 3 Millionen auf Dänemark. Auf Seiten der dänischen Gewerkschaftsleitung wird betont, daß man verpflichtet sei, angesichts des niedrigen Markkurses den deutschen Kameraden diese Handreichung zu leisten, zumal die nordischen Arbeiter im Laufe der Jahre viel brüderlichen Beistand in Deutschland gefunden haben. Der dänische Anteil der Garantiesumme wird durch die Arbeiter selbst aufgebracht und zwar deshalb, daß die Mittel für den Fall eines bedeutenden Konfliktes nicht festgelegt sind.

Wiederaufbau Belgiens. Die belgische Gewerkschaftszentrale hatte sich an den Ministerpräsidenten mit dem Ersuchen gewandt, dafür zu sorgen, daß, wenn deutsche Kriegsgefangene beim Wiederaufbau von Belgien verwandt würden, diese nicht geringere Bezahlung erhielten als die Belgier; dadurch sollte verhindert werden, daß den belgischen Arbeitern Konkurrenz gemacht werde. Darauf ist nun die Antwort erfolgt, daß die Regierung nicht beabsichtige, deutsche Kriegsgefangene beim Wiederaufbau von Belgien zu verwenden. Für den Wiederaufbau durch belgische Arbeiter sind folgende Arbeitsbedingungen festgelegt worden: 1. Achtstündige Arbeitszeit; 2. wer mehr als 5 Kilometer von der Arbeitsstelle entfernt wohnt, erhält als Zuschlag den Lohn für eine Stunde; der Minimallohn pro Stunde beträgt 1,25 Frank, gelernte Arbeiter erhalten 1,50 Frank. In der Gefahrenzone, 4 Kilometer auf beiden Seiten der Front, wird ein Zuschlag von 25 Pfg. die Stunde gezahlt.

Mitgliederzunahme der holländischen Gewerkschaften. Die Mitgliederzahl der dem holländischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen ist vom 1. April bis zum 1. Juli von 207 512 auf 220 337 gestiegen.

Zur Arbeiterschutzkonferenz in Washington.

Der Teil des Friedensvertrages von Versailles, der den Völkerbund behandelt, bestimmt, daß der Arbeiterschutz zu den Aufgaben des Völkerbundes gehören soll. Ein besonderer Abschnitt trifft nähere Bestimmungen über die Organisation eines ständigen Arbeitsbureaus und alljährlich wiederkehrender Arbeiterschutzkonferenzen, an denen die Regierungen jedes Mitglied durch zwei und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines jeden Landes durch je einen Vertreter beteiligt werden sollen. Die erste Konferenz soll diesen Herbst in Washington stattfinden.

Die Frage, ob Deutschland und Österreich zu dieser Konferenz eingeladen und zugelassen werden sollen, ist von den Alliierten anläßlich der Friedensverhandlungen nicht beantwortet worden. Die Internationale Gewerkschaftskonferenz, die in Amsterdam Ende Juli d. J. stattfand, nahm sowohl

zu der Konferenz selbst, als zu dieser Frage Stellung. Sie erklärte sich bereit, der in Washington abzuhaltenden Konferenz ihre Mitarbeit zu verleihen unter der Bedingung:

»1. Daß zur Konferenz als gleichberechtigte Teilnehmer eingeladen und zugelassen werden: die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen.«

2. Daß als Vertreter der Arbeiterschaft die von dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Landeszentralen bekanntgegebenen Delegierten anerkannt werden.

Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so werden die bei dem heutigen Kongreß vertretenen gewerkschaftlichen Landeszentralen verpflichtet sein, an der Washingtoner Konferenz sich nicht zu beteiligen.«

Die Delegierten der drei skandinavischen Länder und der Schweiz gaben außerdem folgende Erklärung ab:

»Wir erklären, daß wir, wenn nicht alle Länder nach Washington eingeladen werden und trotzdem einzelne Landesverbände sich dort vertreten lassen, dies als einen schweren Bruch der Solidarität der Arbeiterklasse betrachten.

Unsere Landesorganisationen werden sich in diesem Falle genötigt sehen, die Frage zu prüfen, ob sie der Internationale weiter angehören können.

Für Dänemark: Carl F. Madsen, J. P. Nielsen, Rudolph Poulsen, W. P. Arup. Für Schweden: Arvid Thorberg, Anders Stjödét, Janne Jönsson, C. E. Tholin. Für Norwegen: Ole O. Lian, J. Teigen, Edh. Hansen. Für die Schweiz: Karl Dürr, Ch. Schürch, Adh. Grosperriere.«

In einer Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes in London am 23. August wurde nach uns vorliegenden Mitteilungen des Internationalen Bureaus folgende Feststellung getroffen:

»Bei derselben Besprechung wurde nochmals ausdrücklich festgestellt, daß das Bureau daran festhalten würde, daß Deutschland und Oesterreich in die Liste der Länder, welche zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz eingeladen werden, aufgenommen würden und daß ferner verlangt würde, daß die Internationale Arbeiterkonferenz auch in Zukunft sich mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu setzen habe, jedesmal wenn es sich um eine Frage handeln sollte, wobei die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Teilen der Welt interessiert sein würde.«

Diese Mitteilungen sind der englischen Regierung übermittelt worden und das Bureau hat sie durch ein Zirkular, unterzeichnet W. A. Appleton, J. Oudegeest, C. Mertens, Edo Fimmen, den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften unterbreitet.

Am 3. September fand weiter eine Bureausitzung in Amsterdam statt, an der der Vorsitzende der französischen Gewerkschaften L. Jouhaux, zugleich Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, über seine Bemühungen zur Durchführung des Amsterdamer Beschlusses berichtete. Nach diesem Bericht hat sich Jouhaux an Herrn Fontaine, den Vorsitzenden des provisorischen Organisationskomitees für die Washingtoner Konferenz, gewandt. Dieser erklärte ihm, daß er den Amsterdamer Forderungen im Prinzip zustimme, daß er jedoch in der Frage der Einladungen keine Befugnis besitze, und daß Jouhaux sich daher an den Vorsitzenden des Obersten Rats der Alliierten, den französischen Ministerpräsidenten Clémenceau, wenden müsse. Das ist geschehen. Die letzte Unterredung zwischen Jouhaux und Clémenceau fand am 25. August statt. In dieser erklärte Clémenceau, daß

der Oberste Rat der Alliierten den Amsterdamer Forderungen prinzipiell zustimme, und daß Deutschland und Oesterreich eine Einladung nach Washington erhalten würden. Die Internationale Arbeiterkonferenz würde dann in ihrer ersten Sitzung in Übereinstimmung mit ihrem Statut über alle neuen Zulassungen beschließen.«

Ungefähr gleichzeitig verbreitete Reuter einen Bericht an die Presse des neutralen Auslandes, wonach »der Oberste Rat der Alliierten auf Antrag seines Präsidenten Herrn Clémenceau auf Grund der Forderungen der Confédération Generale du Travail beschlossen hat, Deutschland und Oesterreich auf der Washingtoner Konferenz zuzulassen.«

Soweit wäre also der Eindruck erweckt, als ob die Frage durch die Alliierten zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst wäre.

Das ist jedoch nicht der Fall.

Denn der wirkliche Beschluß der Alliierten hat einen ganz entgegengesetzten Wortlaut. Reuter teilte am 12. d. M. aus Paris folgendes mit:

»In der Sitzung des Obersten Rats heute morgen wurde die Frage diskutiert, ob man Delegierten der feindlichen Länder Zutritt zu der Internationalen Arbeiterkonferenz in Washington im Oktober gewähren solle. Die amerikanische Delegation teilte mit, daß die Vereinigten Staaten nichts dagegen haben, Arbeitervertreter der feindlichen Länder in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen in das Land einzulassen. Infolgedessen wurde beschlossen, keine offizielle Einladung zum Kongreß an Deutschland oder die übrigen feindlichen Länder gelangen zu lassen. Andererseits sollen denjenigen, die Lust

haben, sich nach Amerika zu begeben, gestattet werden, in üblicher Weise in Amerika zu landen. Sind sie einmal im Lande, soll ihrem Besuche der Konferenz oder ihrer Teilnahme an Diskussionen oder Abstimmungen keine Schwierigkeiten bereitet werden.«

Demnach hat der Oberste Rat der Alliierten auch diesen Forderungen der auf der Amsterdamer Konferenz vertretenen Gewerkschaften seine Zustimmung verweigert. Weder Deutschland noch Oesterreich werden eingeladen oder zur Konferenz zugelassen. Lediglich Vertreter der Arbeiter können in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen in den Vereinigten Staaten in üblicher Weise landen und sollen dann eventuell an der Konferenz teilnehmen können.

Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Gewerkschaften keine solche »Lust« haben, ihre Vertreter als Privatpersonen nach Amerika zu entsenden. Der Amsterdamer Konferenzbeschluß, den wir oben in seinem wichtigsten Teile wiedergegeben haben, wird daher zur Ausführung kommen müssen. Nach den Erklärungen, die sowohl die Vertreter der neutralen Länder als auch der Engländer, Belgier und Franzosen, teils in Amsterdam, teils später abgegeben haben, darf bestimmt damit gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsinternationale die Washingtoner Konferenz meiden wird, solange der Oberste Rat der Alliierten einen Standpunkt einnimmt, wie er in der Reutermeldung vom 12. September niedergelegt ist.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Die Photographie im Dienst der Berufsberatung.

In der »Frankfurter Zeitung« als wie auch in der »Photographischen Kunst« macht der Photograph Professor Alfred Krauth, Frankfurt a. M. Vorschläge zur Benützung der Photographie im Dienst der Berufsberatung. Seine Ausführungen sind sehr beherzigenswert und gehen von folgenden Gesichtspunkten aus: Die Verminderung der Arbeitslosigkeit sei eine der dringendsten Aufgaben. Die Zahl der Arbeitslosen rekrutiere sich aus Leuten, die wirklich keine Arbeit finden, aus Arbeitsunlustigen und aus Arbeits scheuen. Die Arbeitsunlustigen sollen hierbei besonders in Betracht gezogen werden. Die Arbeitsunlust, nimmt der Verfasser an, kommt in der Hauptsache daher, daß mindestens 10 der berufstätigen Menschen ihren Beruf ungern ausüben. Wer im praktischen Leben sieht, weiß, daß es tatsächlich so ist, denn die wenigsten, die zu ihrem Beruf gekommen sind, hatten vorher von der Art desselben eine richtige Vorstellung und konnten sich in diesen hineinfinden oder denselben vorher auswählen, wie er ihren Anlagen entspricht.

Der Verfasser will nun der kommenden, vor der Berufswahl stehenden Generation die Wege ebnen, den Beruf kennen zu lernen, um damit festzustellen, welcher Beruf dem betreffenden Lehrling am nächsten liegt. Hierzu will er sämtliche gewerblichen Berufe im Bilde festhalten, um dem jugendlichen Nachwuchs und auch den Eltern Gelegenheit zu geben, durch Lichtbildvorträge diese kennen zu lernen. Als Beispiel führt der Verfasser an: Für den Tischlerberuf müßte die Bildserie ungefähr folgendes umfassen: Die typischen Holzarbeiten, alle notwendigen Werkzeuge und ihre Anwendung, die Technik der Möbel und Bautischlerei vom einfachsten Typ bis zur gediegensten Qualitätsarbeit, den kleinen Handwerker, der nur mit der Hand schafft, den Großbetrieb mit modernen Maschinen usw. Neben dem Handwerklichen zeigen sie die staatlich geordneten Einrichtungen der Hygiene, der Kranken- und Unfallversicherung, an Tabellen auch die Erwerbsresultate und Lohnsätze. Eine solide, Licht und Schatten, erreicherliche und schwierige Schaffen gleichermaßen darstellende Zusammenstellung im Bild gewinnt bleibenden Eindruck in der Seele des jungen Menschen. Hat man die Vorarbeit dieser sozusagen photographischen Berichterstattung über Wesen, Ziel und Methoden der Berufe hinter sich, so ergibt sich die weitere Frage, in welcher Form muß das Anschauungsmaterial den Schülern vermittelt werden. Der Verfasser schlägt vor, zwei Jahre vor dem Zeitpunkt der Berufsentscheidung, also ungefähr vom 12.—14. Jahre in bestimmten Stunden den Schülern, und was auch richtig ist, den Eltern Lichtbilder über die Berufsarten vorzuführen. Fachleute sollen zu diesen Vorträgen selbst entsprechende Erläuterungen geben und zur persönlichen Rücksprache zur Verfügung stehen. So würden Schüler und Eltern einen Einblick in die vielen Berufsarten erhalten. Es würde hierdurch nicht nur Lust und Lebe geweckt, sondern auch Vergleiche der verschiedensten Berufe angezogen werden können, und Anregungen in bestimmter Richtung gegeben. Am Schluß des Jahres soll dann, evtl. auch in kürzeren Zeiträumen durch Fragebogen ermittelt werden, nach welcher Seite hin das Interesse des einzelnen Schülers neigt. Der Verfasser glaubt, daß hierdurch der Weg gegeben sei, die Arbeitsunlust zu beheben,

indem man den Schüler dem ihm am meisten liegenden Beruf zuführen könne. Kleinliche Bedenken sollten hierbei beiseite gestellt werden.

Wir müssen ohne weiteres zugeben, daß hier eine neue Aufgabe für die Gewerkschaften vorliegt und daß die zum Teil schon geschaffenen Lichtbildzentralen der einzelnen Gewerkschaften sehr gut wirken können. Unseres Erachtens müßte für diejenigen Berufe, die nicht selbst aus Eigenem heraus derartiges bewerkstelligen können, eine gemeinsame Lichtbildzentrale geschaffen werden. Es liegt der Gedanke nahe, durch die General-Kommission dazu überzugehen, eine derartige Zentrale zu schaffen, die dann allen Gewerkschaften zur Verfügung stände. Wenn auch vom Zentral-Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei seinerzeit eine Reihe von Lichtbildvorträgen herausgegeben wurde, so hat man diese nur für Berufsangehörige herstellen und vorführen lassen. Hier liegt ein Gebiet vor, das bei richtiger Bearbeitung in Gemeinschaft mit der Schule für die Allgemeinheit von größter Wichtigkeit ist. Gerade die Arbeitsunlust, die der Verfasser mit Recht anführt und die durch die Verhältnisse bedingt ist, ließe sich vermindern, wenn der Schüler dem ihm passenden Beruf zugeführt würde. Daran haben auch die Gewerkschaften das allergrößte Interesse und es müßten selbstverständlich auf schnellstem Wege diese Vorschläge realisiert werden.

Wir möchten aber noch weiter gehen als wie Professor Krauth, indem wir nicht nur das starre Lichtbild, sondern auch den Film in den Dienst dieser Sache stellen. Auf der Budigewerbe-Ausstellung in Leipzig 1914 wurde in vorzüglicher Weise durch Kinovorführung die frühere handwerksmäßige und jetzige fabrikmäßige Herstellung von Buchbinderarbeiten wiedergegeben. Auch bei anderer Gelegenheit, wir erinnern uns der Filme der »Deutschen Lichtbild-Gesellschaft«, die die großartige Technik unserer Industrie wiedergaben, konnte man das vorzügliche Anschauungsmaterial bewundern. In ähnlicher Weise müßte auch hier der Film dienstbar gemacht werden. War es doch schon vor dem Kriege die Absicht des Zentral-Bildungsausschusses, Filme herstellen zu lassen, die in ähnlicher Weise wie die starren Lichtbilder der Arbeiterschaft dienstbar gemacht werden sollten. Wir glauben, daß nach dieser Richtung hin noch besseres geleistet werden kann, wenn neben den Fachberatern auch die photographische Technik in weitestem Maße zu ihrem Rechte kommt und geeignete photographische Fachleute herangezogen werden.

Die Frankfurter Einfuhrmesse.

Es muß den modernen Menschen merkwürdig berühren, wenn er liest, daß in unserer Zeit das Messewesen wieder eine Bedeutung erlangt, wie es vielleicht früher einmal, im Mittelalter der Fall gewesen ist, wo die periodischen Messen gewissermaßen ein Organ der gebundenen Wirtschaft gewesen sind. Damals war der Handelsverkehr nicht anders möglich, als daß der Güteraustausch durch Messen und Märkte reguliert wurde. Wir waren an die Handelsfreiheit gewöhnt, erst der Krieg, der durch den Willen Englands ein Wirtschaftskrieg wurde, hat uns wieder in Zeiten zurückversetzt, wie jene waren, von denen wir eingangs sprachen. Der Krieg hat die Handelsbeziehungen zerstört, hat den Kaufmann von seinen Kunden getrennt, hat die Zahlungsmöglichkeiten beschränkt. Nur so ist es zu erklären, daß wir jetzt in Brüssel, in Utrecht, in Turin, Padua, Venedig, Malmö und Göttingen Messen entstehen sehen, ja, daß auch Frankreich und Amerika daran gehen oder schon darüber hinaus sind, solche Messen zu organisieren.

Die Frankfurter Einfuhrmesse ist wegen ihrer besonderen Bedeutung eine der eigenartigsten der Welt. So rechtfertigt es sich, über sie einiges zu berichten. Was soll ihre Aufgabe sein?

Der Krieg hat nicht nur Deutschland schwere wirtschaftliche Nachteile gebracht, er hat auch tief in das ökonomische Leben der alliierten und der neutralen Staaten eingegriffen. Der Mangel an Produkten aller Art ist auch dort nicht gering, die Verbindungen waren für sie genau so gut gestört, wenn nicht zerschnitten, wie für uns. Da will nun die Frankfurter Messe eine gewisse Generalprobe darauf sein, in welchem Umfange und zu welchen Preisen wieder Beziehungen angeknüpft werden können. Die erste Aufgabe ist demnach: Eine Anregung in der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu geben, um den deutschen Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es muß uns darauf ankommen, möglichst solche Rohstoffe und Halbfabrikate zu bekommen, in die wir viel produktive schöpferische Arbeit hineinstecken können, vor allem Qualitätsarbeit, mit der wir auf dem Weltmarkt ohne Konkurrenz sind. Alles kann man uns nicht nachmachen: Die geistigen Kräfte, die Technik, mit einem Wort, deutsches Gehirn sind bis zu einem bestimmten Grad ohne Konkurrenz, wenn sie richtig bewirtschaftet werden. So wird das Wort »Einfuhrmesse« nur bedingt richtig sein, das Unternehmen wird sich ebenso sehr dem deutschen Fabrikanten für die Ausfuhr zur Verfügung zu stellen haben, nicht allein der Valuta wegen. Man kann auch so sagen: Die Messe soll den feinen Mechanismus der

internationalen Handelsbeziehungen wieder in Gang setzen, der Geschäftsmann im Ausland soll wieder mit dem deutschen Abnehmer in persönliche Fühlung kommen, soll sich an Ort und Stelle überzeugen, in welchem Umfange die Wirtschaft wieder exportfähig ist.

Hier berühren sich deutsche und ausländische Ziele. Wie wir nach Rohstoffen jammern, so hungert der Ausländer nach deutschen Waren, was nicht allein durch den Tiefstand der deutschen Valuta begründet wird. Es ist in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft viel zu wenig bekannt, daß die zerquetschte deutsche Mark für den ausländischen Kaufmann ein Anreiz ist, unsere Waren zu kaufen, weil er sie, nach ausländischen Werten berechnet, für ein Butterbrot erhält. Natürlich sind für uns die Waren am vorteilhaftesten abzugeben, wozu wir möglichst wenig Rohstoffe vom Ausland hineinstecken brauchen. Die Einfuhrmesse wird also wie ein feines Uhrwerk zu regulieren haben, möglichst vorteilhaft nach außen abzuschließen und auf der anderen Seite nur solche Rohstoffe zu begünstigen, die möglichst viel Arbeit erfordern. Es zeigt sich darin, wie sehr wir gerade jetzt mit dem Ausland Geschäfte machen könnten, wenn — ja wenn wir eben etwas mehr auszuführen hätten. Nur ein Jahr die Produktion ununterbrochen im Gange gehalten, würde geradezu Wunder wirken.

Wir haben an dieser Entwicklung auch als Arbeiter ein großes Interesse. Immer mehr hören und lesen wir, wie sich die anderen Länder gewisse Industrien im eigenen Lande groß ziehen. Wir verweisen nur auf die Teerfarbstoffindustrie. Unsere Chemie und unsere kaufmännische Tüchtigkeit hatten aus dieser Industrie etwas Hervorragendes entwickelt. Was auf dem Gebiete der Farbstoffindustrie geleistet worden ist, übersteigt alle Begriffe. Gerade diese Industrie wird durch die Nachwirkung des Krieges hart betroffen. Die Gefahr ist groß, daß, wenn wir nicht rechtzeitig wieder mit dem Ausland in geschäftliche Beziehungen kommen, ein großer Teil der ausländischen Kundschaft verloren geht. Wir haben es dabei mit einer Industrie zu tun, in der wenig ausländische Rohstoffe stecken, die allein durch Individualarbeit den Weltmarkt beherrscht. Was das für die deutsche Wirtschaft bedeutet, da rechtzeitig wieder auf den Markt zu erscheinen, braucht hier nicht näher dargelegt zu werden. Das gleiche trifft aber auch noch auf eine Anzahl weiterer Industrien zu.

Weiter: Im Ausland macht man sich zum Teil über die Niederlage der deutschen Industrie ganz falsche Begriffe. Alarmierende Nachrichten über die Wirkung der Streiks haben da viel Wirrwarr angerichtet. In der Frankfurter Einfuhrmesse soll gezeigt werden, daß vieles davon übertrieben ist. Wir glauben, daß das Ausland davon überrascht sein wird, was die deutsche Industrie, das Handwerk, der Handel trotz der harten Kriegsjahre, trotz der zerstörten Wirtschaft noch bieten kann. Schon allein, daß das Vertrauen zu unserer Wirtschaft dadurch steigen muß, gibt dem Unternehmen Kraft und Stärke.

Man mußte diese Messe, an der sich so ziemlich alles beteiligt, was irgendwie mit Volkswirtschaft zu tun hat, die die Regierung unterstützt, die auch die organisierte Arbeiterschaft mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, als ein gewagtes Unternehmen bezeichnen. Heute, wo wir den Stand der Messe übersehen können, wo wir beobachten, wie ein Neubau nach dem anderen errichtet wird, weil die große Festschalle mit allen Nebengebäuden nicht ausreicht, die Zahl der Beteiligten zu fassen, weiß man bereits, daß das Wagnis gelungen ist. Man glaubte anfangs, es solle ein Konkurrenzunternehmen zu der Leipziger Messe werden. Nichts ist falscher als das. Man kann eher von einer Ergänzung sprechen. Frankfurt liegt hart an der Grenze des besetzten Gebietes. Daraus erwachsen für die Stadt große Aufgaben für die Zukunft. Sie hat ungefähr die gleiche Rolle gegen den Westen hin zu spielen, wie es etwa Leipzig gegen den Osten tun wird. Übrigens ist ja Frankfurt als Meßplatz kein Neuling. Es zählte früher zu den berühmtesten Meßplätzen Europas. Später hat es allerdings unter dem Einfluß der Handelsfreiheit in dieser Beziehung seinen Ruf nicht aufrecht erhalten können. Durch die Wirkung des Krieges und die veränderten Bedingungen aber wird sich die Sachlage gewaltig ändern. Wäre Deutschland siegreich gewesen, das Reich im wesentlichen in seiner Struktur unverändert geblieben, müßte natürlich diese Frage anders zu entscheiden sein. Dann wäre auch die Wiederbelebung des Warenverkehrs, des Güterausstausches weniger schwer gewesen wie heute. Unter diesen veränderten Verhältnissen ist also eine Messe im Westen des Landes anders zu beurteilen wie in normalen Zeiten. Frankfurt hat aber auch ganz andere Aufgaben wie Leipzig, die wohl nebeneinander laufen können, ohne gegeneinander zu wirken. Leipzig hat die Mustermesse entwickelt, auf der Waren typischer Fabrikmethoden den Käufern vorgeführt wurden und werden. Die Frankfurter Einfuhrmesse hat sich ihre Grenzen weitergesteckt; sie will für den allgemeinen Güterausstausch die Wege freimachen. Wir glauben sogar, daß nächstens noch mehr Städte in dieser Beziehung aktiv werden eingreifen müssen. Die außerordentliche Zeit erfordert ganz von selbst außerordentliche Mittel. Von Rivalität darf da nicht gesprochen werden. Unsere Steuerentwicklung,

der Geldbedarf der Gemeinden, des Staates und des Reiches wird die Städte in dieser Hinsicht noch vor gewaltige Aufgaben stellen.

Wenn jetzt Deutschland zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft schreitet, ist die Wiedereinrichtung geschäftlicher Beziehungen die erste Voraussetzung. Die Aussichten dazu sind nicht ganz so tröstlich, wie man uns immer glauben machen will. Sie sind — das muß gesagt werden — nicht ermutigend. Aber in solchen Unternehmungen wie in Frankfurt steckt doch ein großes Stück Selbstvertrauen. Es zeigt, daß wir uns gewissermaßen an den eigenen Haaren aus dem Schlamm ziehen wollen. Es liegt Vertrauen zur Volkskraft darin, etwas was uns auch vom Arbeiterstandpunkt aus freuen kann. Und wenn die Welt kommunistisch würde, ohne Vertrauen auf die eigene Arbeit müßte sie dennoch zusammenbrechen. Zugunsten dieses Selbstvertrauens kommt der große Warenmangel, der in aller Welt herrscht, der auch uns zugute kommt. Ungeheure Werte sind zerstampft, zerschossen, zertrümmert worden. Sieger und Besiegte haben das gemeinsame Interesse, wieder aufzubauen. Dabei steht fest — das zeigen die Erfahrungen bereits in Frankfurt —, daß ein starkes Bedürfnis nach deutschen Waren vorliegt. Wenn man uns auch wirtschaftspolitisch noch so sehr knechten will, die deutsche Ware wird sich ihren Weg suchen. Die Einfuhrmesse will helfen, alle die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich hindernd in den Weg stellen.

Ein dunkler Schatten liegt allerdings über dem Unternehmen: Die drohende Kollennot und die damit einsetzende Arbeitslosigkeit. Aber auch in dieser Frage wird versucht werden, hier in Frankfurt Erleichterungen zu schaffen. Wie weit es gelingen wird, auch in der Kohlenbeschaffung die Wege frei zu machen, wird noch zu berichten sein, es liegt aber im Arbeitsplan der Leitung, auch diese Hemmnisse zu überbrücken.

Wir sagten schon in anderem Zusammenhang, daß die Beteiligung eminent groß ist. Es sind alle Industrien vertreten.

Wir möchten an einem einzigen kleinen Beispiel zeigen, welche Wirkung z. B. für die Kriegsbeschädigten erhofft wird. Wir haben in Deutschland über 100 000 Amputierte, die einer aus Eisen, Leder oder Gummi zusammengesetzten Prothese benötigen. Dies sind zum Teil Stoffe, die uns erst eine zielbewußte Einfuhr in der erforderlichen Menge beschaffen kann. Monate nimmt die Anfertigung einer solchen Prothese zurzeit in Anspruch und monatlang muß der Kriegsbeschädigte arbeitslos und tatenlos der Anfertigung wegen Materialmangels harren. Dazu kommt, daß die aus allerlei Ersatzmitteln während des Krieges angefertigten Maschinen schon nach kaum ein bis einhalb Jahren nicht mehr gebraucht werden können. Hier könnten sich die Industrie und die Handelskreise durch bevorzugte Einfuhr gerade der für diese Zwecke erforderlichen Rohmaterialien ein bleibendes und für die gesamte Volkswirtschaft notwendiges Verdienst erwerben.

Es ist daher eine Aufgabe der Einfuhrmesse leitenden Männer, die Einfuhr gerade solcher Rohstoffe zu fördern und vor allem darauf zu achten, daß die Kredite nicht für wertlosen Tand benutzt werden, sondern für vollwertige Materialien reserviert bleiben.

Wie hier an einem Fall gezeigt worden ist, könnte man deren noch viele herausgreifen, um zu beweisen, daß wir alle lebhaft daran beteiligt sind.

Frankfurts Einfuhrmesse soll eine dauernde Einrichtung bleiben. So wenigstens ist die Hoffnung der Arrangeure. Der erste Versuch wird zeigen müssen, ob der Gedanke durchführbar ist, vielleicht läßt sich für später ein Handinhandarbeiten mit Leipzig ermöglichen. Im Grunde ist doch hier wie dort der Gedanke leitend: Die Wiedererstarkung Deutschlands und seiner Wirtschaft, die Erhaltung und weitere Entwicklung seiner Kultur. Daran sind wir Arbeiter stark mitbeteiligt. Unsere Aufgabe wird es sein, von der anderen Seite her Mittel und Wege zu suchen, daß die Arbeiterschaft dabei nicht leer ausgeht, daß sie mit Teil hat an den Segnungen, die ein wiedererwachendes Deutschland hat. Wir haben für die Ausstellung noch einen Spezialwunsch: Möge sie auch den internationalen Beziehungen freundschaftlicher Wiederverständigung dienen. Möge der Gedanke der Völkerverständigung auf der Einfuhrmesse nicht an letzter Stelle stehen. Es wäre der höchste Verdienst aller Beteiligten, wenn es gelingen würde, Brücken zu schlagen herüber und hinüber, um wieder Mensch zu Mensch sein zu können. Also auch nach dieser Richtung hin hat die Messe ihre besondere Bedeutung. Wir können in den Satz einstimmen, den die Messezeitung am Schluß eines Artikels bringt: So darf gesagt werden, daß politisch, wirtschaftlich und kulturell die Frankfurter Messe großen Aufgaben gerecht zu werden den festen Willen hat, und daß sie ihnen zu genügen vermag, wenn alle, die berufen sind, mitzuwirken, den Willen dazu haben.

Möge ein freundlicher Stern über diesem Unternehmen scheinen.

Th. Thomas.

Zur Tarifrevision.

Nach den tariflichen Vereinbarungen wird zum ersten Male seit Inkrafttreten desselben, die Lohnfrage einer Revision unterworfen. Nun ist die Festsetzung des Lohnes doch ohne Zweifel die allerwichtigste Bestimmung des ganzen Tarifes und möchte ich auf vorhandene Ungerechtigkeiten und Härten hinweisen, die unbedingt einer Neuregelung bedürfen. Bei der jetzigen Festsetzung des Lohnes wird nicht mehr auf Leistung gesehen, sondern es erhält eben jeder Einzelne den tarifmäßigen Lohn. (Einige wenige ganz leistungsunfähige und alte Kollegen ausgenommen.) Es soll jedem Kollegen durch den Tarif die gleiche Existenzmöglichkeit geboten sein, was jedoch nur scheinbar der Fall ist. Als Vater mehrerer Kinder habe ich die Erfahrung gemacht, daß die Lebensbedingungen trotz tarifmäßiger Bezahlung grundverschieden sind. Ein lediger Mann kann unter den heutigen Verhältnissen unter gewissen Einschränkungen gerade noch mit dem gebotenen, entsprechend unseren Vorkenntnissen und Leistungen und unserer nervenzerrüttenden Tätigkeit unwürdigen Lohn auskommen. Ganz anders aber mit einem verheirateten Kollegen mit mehreren Kindern. Hier ist absolut kein Auskommen mehr mit der vielgepriesenen tariflichen Bezahlung und der Zweck dieses Artikels soll sein, daß unsere Tarifrevisoren sich mit dem Gedanken einer Kinderzulage befassen, die in unserem jetzigen sozialistischen Staatswesen bereits jeder Beamte und Arbeiter hat. Es gilt ja immer bei einer Revision, vorhandene Mängel zu beseitigen, möge dies die Tarifkommission beherzigen und auch den kinderreichen Kollegen ein Entgegenkommen, in Form einer Kinderzulage, zeigen. Jeder Familienvater wäre sicherlich enttäuscht, wenn in dieser Beziehung nichts geschaffen würde und er müßte bei der kolossalen Teuerung noch irgend einen Nebenverdienst suchen, nur um die allernotwendigsten Ausgaben bestreiten zu können. Ein altes Sprichwort sagt: Ein jedes Handwerk nährt seinen Mann. Sollte das bei unserem Kunsthandwerk nicht auch möglich sein?

Ein Vater mit vier schulpflichtigen Kindern.

Streik in den Berliner chromolithographischen und photographischen Kunstdruckanstalten.

In Berlin streiken die Buchbinder, Transport-, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen der chromolithographischen und photographischen Kunstdruckanstalten schon in der vierten Woche. Die Arbeiter dieser Berufe verlangten die in ähnlichen Branchen schon eingeführten tariflichen Lohnsätze, was die Unternehmer ablehnten. Der darauf angerufene Schlichtungsausschuß fällt einen Schiedsspruch, dem die Arbeiterschaft zustimmte, während ihn die Unternehmer ablehnten. Darauf trat die Arbeiterschaft in den Streik. Die nachgesuchte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches wurde vom Demobilisationskommission abgelehnt, weil nach seiner Ansicht die Unternehmer durch die Lohnsätze des Schiedsspruches zu stark belastet würden. Zum erstenmal hatten hierbei die chromolithographischen und photographischen Kunstdruckanstalten gemeinsam mit den betreffenden Verbänden verhandelt. Auch durch Verhandlungen in der Reichsarbeitsgemeinschaft für Papierverarbeitung konnte keine Verständigung erzielt werden, obwohl die Arbeiterschaft etwas von den Lohnsätzen des Schiedsspruches nachließ. Auch kleinere Zugeständnisse der Arbeitgeber blieben noch weit hinter dem zurück, was die Arbeiterschaft im Hinblick auf andere Branchen ihrer Berufe und die gegenwärtige Teuerung zu erkämpfen für berechtigt hält. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 2000. — Bisher sind unsere Kollegen und Kolleginnen noch nicht direkt in Mitleidenschaft gezogen, wenn auch die Produktion leider unter diesem Streik sehr leiden muß. — Eine baldige Verständigung liegt im Interesse des gesamten Gewerbes. W. H.

Ortsberichte.

Düsseldorf. In der am 25. August 19 tagenden Versammlung erfolgte Stellungnahme zum Gautag in Köln und zur Generalversammlung. Es wurden folgende Anträge aufgestellt und angenommen:

1. Der Verbandstag hat sich mit der Frage zu befassen, wie sämtliche graphischen Verbände in einen Industrie-Verband zu vereinigen sind.
2. Die »Graph. Presse« hat sich in ihrer Schreibweise auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen, andernfalls der jeweilige Redakteur zu entlassen ist.
3. Die Verbandsleitung wird ersucht, die Lieferung der Zeitschriften für die Jugend so zu regeln, daß den einzelnen Zahlstellen die Wahl der Jugendzeitschriften selbst überlassen wird und nicht den Jugendlichen eine bestimmte Richtung aufgezwungen wird.
4. Der Verbandstag hat bei der Generalkommission der freien Gewerkschaften zu beantragen, daß von seiten der Gewerkschaftskartelle Unterrichtskurse über Gewerkschaftsfragen und das Räte-system eingerichtet werden.

5. Die Zahlstelle Düsseldorf fordert von der Generalversammlung die Bewilligung der Streikunterstützung des im April 1919 stattgefundenen Streiks der gesamten graphischen Berufe Düsseldorfs.

6. Streiks, welche in Gemeinschaft der übrigen graphischen Berufe geführt werden, bedürfen nicht der Zustimmung des Hauptvorstandes und muß die Streikunterstützung gezahlt werden.

7. Die Beiträge sind für weibliche und männliche Mitglieder gleich hoch.

8. Sämtliche Beamte sind von Generalversammlung zu Generalversammlung neu zu wählen.

9. Die Zahlstelle Düsseldorf stellt hiermit den Antrag, sofort umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiederherstellung des internationalen Auskunftswezens herbeizuführen.

10. Der nächste Gautag soll in Düsseldorf tagen. In der Diskussion wurde zu Antrag 1 ausgeführt: Eine Zentralisation aller graphischen Berufe sei eine dringende Notwendigkeit und sobald als möglich zu verwirklichen. Die noch zu erwartenden Kämpfe könnten nur durch eine geschlossene Front aller graphischen Berufe erfolgreich abgewehrt werden. Eine Hebung beruflicher Verhältnisse sei ebenfalls durch diesen Zusammenschluß am ehesten durchführbar.

Zur Frage Beitragserhöhung wurde nachstehende Entscheidung angenommen: »Die Düsseldorf Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß Witwen-, Waisen- und Invalidenunterstützung Sache des Staates ist und lehnen daher eine Erhöhung dieser Beiträge ab. Befürworten demgegenüber eine Erhöhung der Beiträge zur Stärkung eines Kampffonds.

Kollege Lynen wurde beauftragt, auf dem Gautag in Köln unter den Delegierten die Frage eines Zusammenschlusses der Opposition zu erörtern resp. herbeizuführen, um eine rege Propaganda über die von der revolutionären Arbeiterschaft gesteckten Ziele und Aufgaben unter der Kollegenschaft zu entfalten. Falls die Redaktion der Graphischen Presse derartiger in scharfer Kritik geführten Artikel die Aufnahme im Verbandsorgan verweigert, solle die Publikation in den linksstehenden Parteiblättern erfolgen.

Nachdem unter Verdienenden der Antrag: Die Verteilung der »Arbeiterjugend« nicht eher wieder vorzunehmen, bis daß den in Antrag 3 gestellten Forderungen Rechnung getragen worden ist, angenommen und noch einige lokale Fragen ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Heilbronn. Nach fünfjährigem Schweigen tritt die Zahlstelle Heilbronn zum ersten Male wieder an die Öffentlichkeit. Wie an so vielen Orten, ist auch an uns der Weltkrieg mit seinen verheerenden Wirkungen nicht spurlos vorübergegangen, da auch wir den Verlust einer Reihe treuer Kollegen zu verzeichnen haben. Die dem wahn sinnigen Völkermorden zum Opfer fielen. Indem wir der Gefallenen auch an dieser Stelle ehrend gedenken, können wir Dank der tatkräftigen, umsichtigen Leitung der hiesigen Verwaltung konstatieren, daß alle hier beschäftigten Kollegen bis auf drei der Organisation wieder zugeführt werden konnten. Noch vor einem Jahre waren wir unser 20 Mitglieder, während wir heute über 70 zählen. Wenn man in Betracht zieht, daß in einigen hiesigen Firmen nach der Revolution noch Wochenlöhne von 40—45 Mk. und darunter gezahlt wurden, die durch energisches Eingreifen des Vorsitzenden, Kollegen Brede, noch vor Tarifabschluß auf 70—80 Mk. gebracht worden, so muß hier gesagt werden, daß in Heilbronn noch die traurigsten Verhältnisse existieren würden, wenn der Verband sich nicht der Kollegen angenommen hätte; davon mußten sich auch diejenigen Kollegen überzeugen lassen, welche vor und während des Krieges nach jahrzehntelanger Mitgliedschaft dem Verbands Rücken kehrten.

Zu dem abgeschlossenen Tarifvertrag, der Gegenstand heftiger Debatten war, nahmen die hiesigen Kollegen folgende Resolution einstimmig an:

»Die Kollegen der Zahlstelle Heilbronn können im allgemeinen mit dem Tarifvertrag nicht einverstanden sein. Jedoch in anbetracht der trostlosen Wirtschaftslage, in welche uns der Krieg gebracht und unseres darniederliegenden Gewerbes im Besonderen, stellen sich die Kollegen auf den Boden des Vertrages, damit durch diesen wenigstens einmal eine feste Grundlage geschaffen wird, auf der weiter gebaut werden kann und muß. Mit dem Ortszuschlag, welcher entsprechend der Städtegröße für Heilbronn in Betracht kommt, können wir uns absolut nicht einverstanden erklären, da in einer Industriestadt wie Heilbronn die Lebensverhältnisse genau so teuer sind, als in jeder Großstadt, da die hiesigen Firmen auch nur die Mindesttarifsätze zahlen, mithin die Kollegen unter jedem Tagelöhner entlohnt sind. Ferner wird allgemein der Wunsch ausgedrückt, der Frage des »Graphischen Industrieverbandes« baldmöglichst näher zu treten und ihr die größte Aufmerksamkeit zu schenken, damit es gelingen möge, alle im graphischen Gewerbe Beschäftigten zu einer geschlossenen Phalanx zu vereinigen, um so das graphische Gewerbe und seine Mitarbeiter wieder auf einen lebensfähigen Boden zu stellen.« Auch erwarten die Kollegen vom Gau- und Verbandstag durchgreifende Arbeit für den Umbau der Statuten und für die Weiterentwicklung der Tarifgemeinschaften, um unser

ganzes Verbandsleben wieder in gesunde Bahnen zu lenken und der gesamten Kollegenschaft ein menschenwürdiges Dasein zu geben. Die hiesige Ortsverwaltung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in kurzer Zeit der letzte, hier beschäftigte Kollege den Weg zur Organisation finden wird, denn nur durch Einigkeit und Solidarität im Denken wie im Handeln wird es möglich sein, für die Kollegenschaft menschenwürdige Existenzbedingungen erringen zu können.

Die photomech. Fächer.

Die Ausbildung der Chemigraphenlehrlinge.

Die Ausführungen des Herrn Direktor Götz, wie des Herrn V. D. haben für unsere Lehrlingsfrage äußerst beachtenswerte Vorschläge und Anregungen gegeben. Es wäre nur zu wünschen, daß der Lehrlingsausbildung recht viel davon zu gute käme.

Ich will auf diesen oder jenen Punkt nicht näher eingehen, sondern nur im allgemeinen darauf hinweisen, daß wir Praktiker es doch in der Hand haben, unsere Lehrlinge zu tüchtigen Gehilfen heranzubilden. Wenn hier nicht der gute Wille vorhanden ist, nützen die Vorschläge nicht viel. Wir müssen hier möglichst weitsichtig sein. Auf keinen Fall darf der Gedanke Geltung gewinnen, Lehrlinge dürfen nicht allzu viel lernen, vielleicht aus Angst vor der Konkurrenz etc. Ich verrete hier die entgegengesetzte Ansicht: gut durchgebildete Lehrlinge werden tüchtige Gehilfen und Qualitätsarbeiter, also keine Lohndrücker.

In meiner langjährigen Praxis hatte ich schon oft mit Neuausgeleiteten traurige Erfahrungen gemacht; ob die Schuld an den Eltern, den Jungen selbst oder der Lehrstelle lag, darüber konnte ich nicht immer ein richtiges Urteil gewinnen. Deshalb müssen hier alle Teile ihre Pflichten vollkommen erfüllen.

Um gute Lehrlingsausbildung zu erzielen, ist es auch vorteilhaft, wenn die Meister, Abteilungsleiter usw. nicht nur die betreffende Sparte beherrschen, sondern mit der gesamten Photomechanographie vertraut sind; tüchtige Fachleute erkennen wohl schon nach einiger Zeit, ob sich der Lehrling für den Beruf überhaupt eignet. In vier Wochen wird das allerdings nicht möglich sein.

Was sich nicht in der Lehrstelle erlernen läßt, dazu ist dann zur weiteren und vielseitigen Ausbildung die Fachschule da, wo in allen Sparten praktischer Unterricht erteilt wird, ist die Berufsschule, die am besten geeignet ist, damit diese wohl noch weiter ausgebaut werden.

Ich hoffe, daß sich die Praktiker über Lehrlingsausbildung im Verbandsorgan noch weiter aussprechen, damit dadurch schon jetzt manches verbessert werden könnte. A. B.

Ortsberichte.

Frankfurt a. M., Chemigr. Die am 2. Oktbr. d. Js. abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der mit den Unternehmern stattgefundenen Aussprache betr. Lohn-erhöhungen und nahm die Berichte der Vertrauensmänner resp. der Kommissionen entgegen. Daß die Unternehmer gegen jede Aufbesserung sind, war vorausgesehen und so beschloß die Versammlung einstimmig, folgende Resolution dem Tarifamt zur größtmöglichen Berücksichtigung für die Tarifrevision zu überweisen: »Die gesamte Mitgliedschaft der Chemigraphen von Frankfurt a. M. und Offenbach ersucht das Tarifamt, bei der im Oktober stattfindenden Tarifrevision unter Hinweis auf die enorme Teuerung aller Lebensnotwendigkeiten eine wöchentliche Zulage von 25 Mk. mit allen Mitteln durchzusetzen.« Bei Nichterfüllung dieser, nur die notwendigsten Lebensbedingungen deckenden Forderung ist sich die Kollegenschaft einig, mit den allerscharfsten Mitteln ihre bescheidenen Wünsche durchzudrücken. Zu dem Punkte Tarifabänderungsanträge findet Kollege Hensel, daß klare Anträge nicht gestellt worden sind und kommt unter allseitiger Zustimmung der Versammlung zu dem Schluß, daß die unzureichende Lohnfrage der Kern der Abänderungsvorschläge ist. Es steht auch fest, daß unsere Organisation in bezug auf Arbeitszeit im Frieden stets vorbildlich war, deshalb ist es unsere Pflicht, auch jetzt wieder durch Arbeitszeitverkürzung bahnbrechend zu wirken. Auch in der Ferienfrage erhoffen die Kollegen eine Besserung. Kollege Seer beweist in seinem Bericht über die Mannheimer Chemigraphen-Konferenz deren Zweckmäßigkeit, da eine Aufklärung der Stuttgarter Verhältnisse, die durch die Kriegswirtschaft entstanden waren, dringend nötig war. Auch die Aussprache der Zahlstellenvertreter hat in Lehrlings- und anderen Fragen den Delegierten wertvolle Richtlinien für fernere positive Arbeit gegeben. Zum Schluß fanden noch verschiedene Fragen lokaler Art ihre Erledigung.

Leipzig, Chemigr. Versammlung vom 23. September 1919. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung mit einem warmen Nachruf für den plötzlich verstorbenen Kollegen Conrad Müller. Die Versammelten ehren ihn durch Erheben von den Plätzen. Punkt 1: Stellungnahme zum Mün-

chner Antrag auf Kündigung des Tarifes. Nachdem Kollege Friedel einen ausführlichen Bericht über die Vorgeschichte zu diesem Vorgehen der Münchener Kollegen gegeben, wurde nach sehr ausgiebiger, zeitweise heftiger Aussprache folgende, mit über großer Majorität gefaßte Resolution angenommen: »Die am 23. September versammelten Chemigraphen Leipzigs unterstützen den Münchener Antrag auf Kündigung des Tarifes, behalten sich aber eine endgültige Stellungnahme bis nach den im Oktober stattfindenden Beratungen des Tarifausschusses vor. Sie erwarten als Ergebnis dieser einen kurzfristigen Tarif, der eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine weitere Lohnerhöhung bringen muß. Zu Punkt 2, Bericht vom Gautag, erstattete Kollege A. Schubert Bericht. Aus demselben war herauszunehmen, daß sich der Gautag mit organisatorischer Arbeit im wesentlichen für die kleineren Zahlstellen befähigt hat; ebenso in seiner Aussprache über die anzustrebende Gründung des Graphischen Blocks zu keinem bindenden Resultat gekommen sei. — Punkt 3: Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Bestimmt werden hierzu die Kollegen Teuscher und Friedel. Unter Verschiedenes nahm Kollege Richter das Wort, um in sehr warmen Worten die Kollegen für die Gründung des Graphischen Blocks zu gewinnen, damit einmal mit dem vormärzlichen Schlandrian im gesamten Organisationswesen gründlich aufgeräumt und die Organisation mehr dem neuzeitlichen Geiste im Interesse der schaffenden Kollegen angepaßt wird. Nachdem Kollege Büchner die neuesten Sparten-durchschnittslöhne bekannt gab, wobei sich herausstellte, daß dieselben noch weit hinter dem Ergebnis anderer Ortschaften zurückstehen, wurde noch auf die überhand genommene Umgehung des Arbeitsnachweises im speziellen durch die Firmen Claus & Co., Meisenbach-R. & Co. sowie E. Schreiber hingewiesen. Trotz dem genügend qualifizierte Arbeitskräfte am Orte vorhanden sind, suchen diese Firmen noch Kollegen von auswärts heranzuziehen, angeblich, weil die hierorts Arbeitslosen, welche zum Teil eine sehr lange Militärzeit hinter sich haben, nicht mehr in der Lage wären, qualitativ so zu arbeiten, daß sie den jetzt zu zahlenden hohen Löhnen gerecht werden könnten, was von uns als Lohn für die im Felde gewesenen aufgefaßt wird. Wir warnen somit die auswärtigen Kollegen, auf die Inserate dieser Firmen hineinzufragen.

Teuerung noch steigen, so sind zu gegebener Zeit Verhandlungen einzuleiten, um über evtl. Teuerungszulagen zu beschließen.« Nachfolgend wurde Kollege Paul Ernst als Vertreter zur Branchenkonferenz gewählt. Im Verschiedenen befaßte man sich wieder mal mit der allgemein bekannten »Firma Schreyer«, einst der größte Betrieb am Orte. Im Laufe der Zeit hat es diese Firma verstanden, sich bei unsern Kollegen so »beliebt« zu machen, daß man jetzt nur noch von einem Miniaturbetrieb reden kann. Besonders das Verhalten des »Werkmeisters« Stapelberg hat viel dazu beigetragen, daß die Kollegen sich nach und nach den Staub dieses Kunsttempels von den Füßen schüttelten. Als ehemaliger Feldwebel kann sich dieser Herr den Kasernenhofen immer noch nicht abgewöhnen. Auch die Lehrlingsausbeutung treibt hier sonderbare Blüten; so wurde es von dieser Firma wiederholt versucht, den Termin zum Auslernen bei einigen jungen Kollegen, welche ihre Lehrzeit durch den Krieg unterbrechen mußten, hinauszuschieben. Es gibt also auch hier Leute, die trotz der Revolution noch nichts gelernt haben und solange diese Herren nebst ihrem »Werkmeister« ihren Herr-im-Hause-Standpunkt nicht aufgeben, brauchen sie nicht auf Besserung in ihrem Betriebe zu rechnen.

bank sandte ihn daraufhin nach Berlin ein und hat nunmehr folgende Entscheidung der maßgebenden Berliner Stelle mitgeteilt: »Die am 4. August 1919 eingelieferte und von uns zur weiteren Entscheidung vorgelegte Reichsbanknote zu 50 M. vom 30. November 1918 J 161 Nr. 864 562 ist echt und vom Reichsbankdirektorium in Berlin ersetzt worden. Wir haben daher heute den Gegenwert mit 50 M. im Postscheckkonto überwiesen.«

Nach diesem Beispiel, das sicherlich nicht das einzige seiner Art ist, dürfte es sich doch empfehlen, daß die Oberpostdirektion ihren Beamten Weisung gibt, etwas vorsichtiger bei der Entscheidung über angeblich falsche Scheine zu sein. Das Publikum aber möge auf jeden Fall die Entscheidung der Reichsbank anrufen, um sich vor Schädigungen zu bewahren.

Eingegangene Schriften.

Ratgeber für Kriegsbeschädigte. Von Erich Rossmann, Referent im Reichsarbeitsministerium. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 9. Preis 1,50 Mk. Die Schrift des in der Kriegsbeschädigtenbewegung sehr bekannten Verfassers stellt ein recht aktuelles und vollkommenes Auskunftsmittel über alle Fragen der Rentenversorgung und sozialen Fürsorge dar. Da alle Rechtsauskunftsschriften, die während des Krieges auf den Markt gebracht wurden, mehr oder weniger überholt sind, füllt Rossmanns Arbeit, die alle gesetzgeberischen Akte in populärer, allgemein verständlicher, Darstellung bis Anfang Mai 1919 berücksichtigt (Teuerungszuläge, Entlassungsanträge, Militärversorgungsgerichte, reichsgesetzliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Einstellungszwang usw.) eine Lücke aus, die von allen Rechtschutzsuchenden und Auskunftgebern als recht unangenehm empfunden wurde. Wer sich rasch und zuverlässig über den derzeitigen Stand des Kriegsbeschädigtenrechts in Deutschland unterrichten will, greift zu diesem Werkchen, das wir jedem Kameraden empfehlen können.

Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution. Beobachtungen und Betrachtungen eines Feldsoldaten. Diese Schrift zeichnet ein wahrheitsgemäßes Bild der Vorgänge an der Front, die zum Zusammenbruch geführt haben. Gegenüber den tendenziösen Darstellungen der Ludendorff, Tirpitz usw. läßt erkennen, daß der Zusammenbruch an der Front bereits seit März 1918 sichtbar war und die Revolution nur eine Folge dieses militärischen Niederganges ist. Wertvoll sind auch die Kapitel über die Vorgänge nach Ausbruch der Revolution in der Heimat. Verlagsgenossenschaft »Freiheit« e. G. m. b. H., Berlin NW. 6.

Der moralische Zusammenbruch der S. P. D. befaßt sich eine Schrift, die soeben von Verlag der »Freiheit«, Berlin NW. 6, herausgegeben wurde. Preis 50 Pf.

Das Recht der Übergangszeit, von Dr. Georg Flatow, Referent im Reichsarbeitsministerium. Ein Führer durch die Verordnungen betreffs des Einstellungszwanges für Arbeiter, Angestellte und Schwerbeschädigte, Erwerbslosenfürsorge, Mieterschutz, Schuldnerschutz, Siedlungswesen, Landarbeiterrecht, Tarifverträge und Schlichtungswesen. — Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin. Der Verfasser gibt im 1. Bande einen gründlichen Kommentar, während der 2. Band alle diesbezüglichen Gesetzestexte im Wortlaute enthaltn wird. Preis des Bandes 2,50 Mk.

Der Antisyllabus, das streitbare, freidenkerische Weltanschauungsgedicht, das während des Sozialistengesetzes trotz aller Verbote in der Arbeiterschaft von Hand zu Hand ging und seither in Millionen von Exemplaren verbreitet wurde, ist jetzt in einem guten Neudruck im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschienen. Das sauber hergerichtete Heft (Preis 75 Pf.) enthält auch die anderen nicht weniger bekannten großen Kampfgedichte Friedrich Krassers — Ceterum ceno, die Marsellaise des Christentums, der alte und der neue Glaube — und gibt in einer Einleitung Auskunft über den Dichter, der ein siebenbürgischer Achtundvierziger war und in den sechziger Jahren zum Sozialismus gelangte.

Graphische Technik.

Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Lichtdruck und Gravüre zu München.

Von Mittwoch, den 15. Oktober ab finden an der Münchener Lehranstalt Abendvorträge für die Angehörigen des Senefelderbundes (Abteilung der Photographen und Chemigraphen) statt. Der Vortragstoff sieht Photooptik, Photochemie, Pigment- und Gummidruck vor. Bei den praktischen Verfahren werden auch Übungen seitens der Beteiligten ermöglicht.

Es haben sich 40 Teilnehmer gemeldet. Ein erfreuliches Zeichen einer nach Fortbildung strebenden Gehilfenschaft sowohl, als auch einer die Bedürfnisse der Zeit wachsam verfolgenden Verbandsleitung, die im Kreise ihrer Mitglieder so erfolgreich zu werben verstand.

Feuilleton.

Zweifelhaftes Papiergeld.

Kürzlich sind durch die Dresdener Zeitungen eine Notiz über das Überhandnehmen der falschen 50-Markscheine. Ein einziger Beamter habe in wenigen Stunden für mehrere hundert Mark falsche Scheine angehalten. Zweifellos wimmelt es überall von derartigen Nachahmungen, aber ob wirklich alle die Scheine, die von der Post als falsch angesehen werden, wirklich unecht sind, erscheint doch recht zweifelhaft, wenn man bedenkt, daß es in Deutschland kaum einen Menschen gibt, der mit absoluter Sicherheit die aus zahllosen falschen Fabriken — es sind deren bereit mehr als 60 festgestellt worden — stammenden Nachahmungen von den echten unterscheiden kann. Dies bestaunt ein Vorfall, der sich am 3. August auf dem hiesigen Hauptpostamt zutrug. Dort zahlte einer unserer Mitarbeiter eine Summe Geldes auf Postscheckkonto ein. Einer der von ihm überreichten 50-Markscheine wurde von dem Annahmemeamten für falsch erklärt und einem zweiten Beamten übergeben, der gleichfalls mit absoluter Bestimmtheit erklärte, dieser Schein sei unecht. Er behauptete, sowohl die Nummer des Scheines als auch seine Nachahmung zeige deutlich, daß es sich um eine Nachahmung handle. Er wollte den Schein als wertlos abstempheln. Doch ließ unser Mitarbeiter dies nicht zu, da ihm angesichts der unsicheren Beurteilung dieser Scheine die beiden Beamten nicht als Sachverständige, die darüber zweifelstfrei entscheiden konnten, erschienen. Unser Mitarbeiter brachte den Schein am nächsten Tage zur Reichsbank, wo ein Teil der Beamten den Schein für echt, ein anderer ihn für unecht erklärte. Die Reichs-

Die Tapetenbranche.

Outsberichte.

Hildesheim, 1. Oktober. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 19. September nahm die hiesige Kollegenschaft Stellung zu den Tarifentwürfen. In sehr lebhafter Aussprache waren es namentlich die §§ 3, 4, 9, 11 und 14 des Entwurfs, welche zum Teil recht scharfe Debatten hervorriefen. Bei § 3 wurde betont, daß die vorgesehenen Lohnsätze doch das allermindeste darstellen, was heute zum Leben notwendig sei. Auch wird eine Klarstellung verlangt für die Kollegen, welche durch den Krieg ihre Lehre unterbrechen mußten und die jetzt, nachdem sie zum Teil schon 21 Jahre alt sind, erst ausgemerkt haben. Es wird gefordert, daß unsere Vertreter an den Lohnsätzen sowie auch an den in § 4 geforderten Überstundenlöhnen auf alle Fälle festhalten. Bei § 9 wurde begrüßt, daß man bestrebt sei, die Zahl der Lehrlinge einzuschränken, dadurch sei eine bessere berufliche Ausbildung möglich und hoffentlich verschwindet mit der Zeit das so bekannte »minder begabt«. Unverständlich war es jedoch der Versammlung, daß die Lehrlingsbezahlung vollständig fehlte und wurde ein Antrag angenommen, worin verlangt wird, daß ein Passus über Lehrlingsentschädigung eingefügt wird. Auch bei § 11 wird in einem Antrag gefordert, daß die Werkzeugschädigung für Holzstecher 50 Mk. betragen soll. Recht lebhaft war die Beratung des § 14. Allgemein wird verlangt, sich nicht so lange festzulegen, da zu befürchten sei, daß die Teuerung noch weiter steige und fand folgender Antrag einstimmige Annahme: »Der Dauer des Tarifes ist zuzustimmen. Sollte jedoch die

Stellengesuche

Junger strebsamer Umdrucker
sucht Stellung im In- oder Ausland. Gefällige Angebote an GUSTAV BARAL, Lonza-Werke, WALSHUT.

INSERATE

sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition C. Müller, Schkeuditz bei Leipzig, Augustastr. 8, zu senden.

ZINKDRUCKPLATTEN

in Zinklöse. Auswachtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten. — Zinkdruckverfahren. Anleitung und Ausstattung kostenlos. — KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 18 Fernruf: Moritzplatz 12289.

Verbandsnachrichten

ACHTUNG! MÜNCHEN!
— Lithographen und Steindruck. — Auskunftsstelle jetzt: Vinzenz Christof, München, Alramstraße 24, I.

BRANDENBURG A. H.

Vorsitzender und Auskunftsvertreter ist jetzt Kollege Paul Anton, Brandenburg a. H., Trauebergstr. 13 d, an den in Zukunft alle Zuschriften zu senden sind.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssige, Eratz für echtes Gummi-arbeitsmittel, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographensteinen, Zink- und Aluminiumplatten.

„Enoldin“ Druckpaste speziell für schlecht rs. verdruckende Farben u. Papiere.

„Enol“ — Druckfaktor — sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswachtmittel bei Wasserbell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

empfehl
H. Schuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders. Inkl. Porto 1,15 Mk. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.